

Sauna-Debatte: Abkühlung in Sicht

Weitgehende Einigkeit bei wichtigen Punkten – Ortsabrundung Woppmannszell geändert

Falkenstein. (wok) Heiß herging es im Marktgemeinderat beim Dauerbrenner-Thema Sauna. Eine Lösung zwischen Markt und Sauna-Gemeinschaft scheint nun jedoch in Sicht, Detailfragen stehen noch zur Klärung aus. Einigkeit herrschte hingegen beim Budget zum Straßenunterhalt, den Bauanträgen und der Ortsabrundung in Erpfenzell.

Bis zu einer Viertelstunde sei ein Saunagang gut für die Gesundheit, heißt es im Allgemeinen. Im Falkensteiner Marktgemeinderat ging es am Montagabend gleich eine gute Dreiviertelstunde um das Thema. Am Ende konnten zwei Beschlüsse gefasst werden.

Die Herausforderung hierbei: Die Falkensteiner Sauna-Gemeinschaft möchte ihren Dienstagabend-Saunatermin behalten, doch dienstags ist das Schwitzbad seit einiger Zeit geschlossen – was die Sauna-Gemeinschaft als Gängelei betrachtet. Im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Markt, insbesondere in Person von Bürgermeisterin Heike Fries, und der Gemeinschaft, stehen Fragen der Haftung und des Geldes.

Die Kommune müsse haften und deshalb auch eine Aufsicht stellen. Fries sagte, ein Saunabetrieb sei nur kostendeckend aufrecht zu erhalten, wenn der Markt mindestens 25 Euro pro Stunde einnehme. Mit den Kosten für den Bademeister verdoppele sich diese Summe noch. Außerdem müsse die Sauna mindestens drei Stunden betrieben werden, um kostendeckend arbeiten zu können. An manchen Tagen sei das



Erhitzt auch die Gemüter: Die Falkensteiner Sauna.

Foto: Markt Falkenstein

ein Minusgeschäft. „Wir laden aber den nicht-öffentlichen Tagen zu Gruppen herzlich ein, die Sauna an mieten“, sagte Fries. Das koste 75

Euro für drei Stunden ohne Aufsicht, oder 150 Euro für denselben Zeitraum mit Bademeister. Die, bis vor Kurzem praktizierte Lösung, den Betreiber des Kiosks die Aufsicht übernehmen zu lassen, wurde hingegen vorerst verworfen: „Man hat sich nicht an die Absprache gehalten, dann die Speisen und Getränke bei ihm zu kaufen, sondern sie weiterhin selbst mitgebracht“, sagte Fries. Für einen Umsatz von Null mache er das aber nicht. Auch im öffentlichen Saunabetrieb sei eine Mitnahme von Speisen und Getränken nicht mehr möglich. Wenn Gruppen – ein Angebot, das allen Personen dann offenstünde – die Anlage allerdings mieteten, dürften sie dort auch eigenes Essen und Getränke mitbringen. Auf Nachfrage zur Höhe der Mietbeträge sagte der Geschäftsleitende Beamte Stefan Jobst: „Das sind wirklich nur die reinen Betriebskosten.“ Allerdings sei aus haftungsrechtlichen Gründen eine Änderung der Nutzungssetzung des Freibades notwendig: Die Sauna müsse aus dem kommunalen Betrieb herausgelöst und privatrechtlich vermietbar gemacht werden. Der Mieter hat dann für die Zeit der Nutzung die Haftung zu tragen.

Einigung nach lebhafter Debatte

Nach lebhafter Diskussion konnte über zwei Punkte weitgehend Einigkeit erzielt werden: Die Änderung der Freibadbenutzungs- und der Freibadgebührensatzung mit Herausnahme des Saunabetriebs

sowie der Beschluss, die Sauna an Gruppen zu vermieten. Darüber, welche Tage künftig dem öffentlichen Schwitzbadbetrieb vorbehalten seien und an welchen Tagen man die Sauna nur mieten könne, werde man noch einmal gesondert debattieren – interessierte Gruppen und Markträte seien dazu herzlich eingeladen, sagte Fries. Am Ende standen beide Beschlüsse bei nur einer Gegenstimme, doch die Debatte um die Dienstag-Sauna ist damit noch nicht beendet.

Einigkeit bei weiteren Punkten

Bei den weiteren Tagesordnungspunkten herrschte jeweils Einigkeit: Dem Bauantrag von Josef Jancker auf Vorbescheid zum Neubau eines Wohnhauses in Völling wurde ebenso stattgegeben, wie dem Antrag von Simone und Nicolai Piller auf Neubau eines Einfamilienwohnhauses und Nebengebäudes mit Carport und Kanalanschluss in Woppmannszell.

Gesondert behandelte das Gremium den Antrag auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage und eines Bürogebäudes in Gfäll. Das Oberflächenwasser dieses Bauvorhabens solle über die kommunale Straßenentwässerungsleitung abgeleitet werden. Unter der Voraussetzung, dass hierzu eine Vereinbarung mit dem Bauherren erzielt werde, wurde der Antrag angenommen.

Komplexer war da der Antrag zur Erteilung eines Bauvorbescheides zur Errichtung einer Produktionshalle von Josef Hofbauer in Erpfenzell: Ein Teil des Baulandes liegt außerhalb der Ortsumrundungssatzung, jedoch nicht im Landschaftsschutzgebiet. Ein kleiner Teil des Grundstückes liegt allerdings innerhalb der Ortsumrundungssatzung, aber ebenso im Landschaftsschutzgebiet, während im Ort bereits Gebäude errichtet waren, die außerhalb der Ortsabrundungssatzung liegen.

Landratsamt regt Änderung der Ortsabrundung an

Das Landratsamt Cham regte darum dazu an, die Ortsabrundungssatzung zu ändern: Das Teilstück im Landschaftsschutzgebiet solle herausgenommen werden, dafür solle die Ortsabrundung um die bereits bebauten Gebiete erweitert werden und auch der Rest des Grundstückes von Hofbauer mit in die Ortsabrundung aufzunehmen.

Der dritte Bürgermeister Eberhard Semmelmann von der Wählergemeinschaft Arrach fragte Fries, ob der Bauherr damit einverstanden sei, dass er einen kleinen Teil des Grundstückes ins Landschaftsschutzgebiet einbringen müsse. „Er ist heilfroh, weil er mit diesem Kompromiss endlich bauen kann“, antwortete Fries.

Keine Debatte gebe es auch beim Beschluss des Budgets für Straßenunterhaltsmaßnahmen im Jahr 2019: Der, bereits im Vorjahr in den Haushalt eingestellte, Betrag von 300 000 Euro wurde erneut einstimmig bewilligt. Fries schloss die Sitzung mit einigen Anmerkungen. Das „Blaue Hotel“ sei verkauft: Der Investor suche einen Pächter und plane außerdem, Wohnungen zu bauen. Ende Februar sollten außerdem die neuen Schutzanzüge der Falkensteiner Wehren kommen. Sie bedankte sich noch für das Benefizkonzert in der Kirche. Man habe sehen können, „was für herausragende Künstler“ es in Falkenstein und Umgebung gebe.

Besonders wollte sie sich noch beim Organisationsteam des Christkindlmarktes bedanken und verband den Dank mit dem – auch an Anwesende gerichteten – Wunsch, der Weihnachtsfriede möge noch lange anhalten in Falkenstein.

Bürgermeisterrunde gegen die Stromtrasse

Von Plänen betroffene Kommunen wollen eng zusammenarbeiten

Von Gerlinde Fink

Brennberg/Landkreis. (gf) Ende März – so nach Aussagen der Betreiberfirma TenneT – soll der Trassenverlauf für den Abschnitt D von Pfreimd bis Isar bei Landshut für die HGÜ-Verbindung von Sachsen-Anhalt nach Bayern (SüdOst-Link) bekannt gegeben werden. Für die betroffenen Gemeinden bedeutet dies einen enormen Einschnitt in die Landschaft mit ungeahnten Folgen, wogegen man sich gemeinsam stemmen will. „Solange noch kein Bagger rollt“, so der verbündete Landtagsabgeordnete der Freien Wähler, Tobias Gotthardt, „ist auch noch was zu machen!“

So trafen sich am Montag auf Initiative der betroffenen Bürgermeister Harald Herrmann (Altenhann), Irmgard Sauerer und Franz Löffl (Brennberg), Jürgen Sommer (Donaustauf) und Andreas Beer (Holzheim) mit dem Landtagsabgeordneten der Freien Wähler, Tobias Gotthardt, zu einer Bürgermeisterrunde im Brennberger Spitalgebäude. Ziel der Runde war ein Gedankenaustausch zur geplanten Stromtrasse. Gotthardt informierte dabei als offizieller Vertreter seiner Fraktion über den jüngsten Energiegipfel der Staatsregierung sowie über dessen Inhalte und Ergebnisse.

Kommunen wollen „Den Wahnsinn verhindern“

Irmgard Sauerer bekundete eingangs, dass man sich nicht auseinanderdividieren lassen dürfe. „Es geht nicht darum, die Trasse in die Nachbargemeinde zu verschieben! Nein, es geht einfach darum, diesen Wahnsinn zu verhindern!“ In die gleiche Kerbe schlugen auch die drei Bürgermeisterkollegen: „Wir müssen als Kommunalpolitiker auf unsere Bürger schauen und dass das Geld in der Region bleibt“ positioniert sich Holzheims Bürgermeister

Andreas Beer. „Die Kosten für die Trasse, die sich im Milliardenbereich bewegen, müssen letztlich die Bürger zahlen“, argumentiert Jürgen Sommer. „Ich habe noch selten erlebt, dass die Endkosten nicht noch weiter gestiegen sind, als die Kostenschätzung und nicht jeder besitzt ein Dach. Die Rechnung zahlen am Ende die Kunden, also die Bürger!“

Besser Gas aus Strom gewinnen und einlagern

Harald Herrmann gibt überdies zu Bedenken, dass Strom in Spitzenzeiten sogar verschenkt wird. Er hielt es für wesentlich sinnvoller, die ungeheuren Summen, die das Netz kosten wird, in dezentrale Netze und die Speichertechnologien zu stecken. Sicher sind dazu auch Grundlastkraftwerke notwendig. „Viele wissen jedoch nicht, dass Gas aus Wasser produzierbar ist und wir uns dadurch nicht von anderen abhängig machen müssen“, so Herrmann. „Gasleitungen haben über-

dies auch eine große Lagerkapazität“, ergänzt MdL Tobias Gotthardt, der sich eingehend mit dem Thema befasst hat. Zumal bei den Kommunen nichts hängen bleibt: „Netze zahlen keine Gewerbesteuer! Mit diesem Schnellschuss kaufen wir uns nur Zeit, sehr teure Zeit“, so Sommer.

Die Energiewende, so Franz Löffl, 2. Bürgermeister von Brennberg, muss auch im Dialog mit den Städten geschehen. „Die Energiewende kann nicht alleine aufs Land verlagert werden!“ „Die Industrie ist willig“, so Beer“ und gerade am Standort Regensburg gäbe es viele intelligente Ideen und Firmen. Das würde doch gut zu uns passen. Die Trasse bremst alle Bemühungen und Fortschritte aus!“

Unterstützung finden die vier Bürgermeister bei den Freien Wählern, die sich allerdings schwertun, mit dem Koalitionspartner. Zwar betont Tobias Gotthardt, dass das Koalitionspapier mit der CSU-Fraktion ein großes Kapitel zur Energiewende enthält, in der auch

eine „bayerische Umsetzung der Energiewende“ steht, jedoch kein klares Nein zur Stromtrasse.

TenneT investiert selbst in Power-to-Gas

Eine „Dinosauriertechnik, die längst überholt wurde“, sei die Stromtrasse, die nur die Funktion des Stromtransports hat, sonst aber nichts kann. Hierin Milliarden zu investieren, sei einfach kurz gedacht und nicht nachhaltig.

Zumal selbst die Betreiberfirma das Netz auf zwei Gigawatt beschränkt lassen möchte, obgleich schon ein Zukunftsbedarf von vier GW gesehen wird. TenneT sehe diesen Bedarf nicht. „Ist das Ganze also nur eine milliarden schwere Übergangslösung?“ stellen die Anwesenden in den Raum. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, steigt TenneT doch selbst in die Zukunftstechnologie „Power-to-Gas“ ein, wie zu erfahren war.

Mehr dazu unter www.idowa.plus



Die Bürgermeister der betroffenen Kommunen Altenhann, Brennberg, Donaustauf und Holzheim kritisieren gemeinsam mit dem Freien-Wähler-Landtagsabgeordneten Tobias Gotthardt die Stromtrasse „SüdOstLink“.

Foto: Fink